

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 9 (Mülheim)

Geschäftsführung
Herr Schultheis

Telefon: (0221) 99322

Fax: (0221) 99412

E-Mail: andre.schultheis@stadt-koeln.de

Datum: 03.02.2020

Niederschrift

über die **42.Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 27.01.2020, 17:05 Uhr bis 18:30 Uhr, Bezirksrathaus Mülheim, VHS-Saal, Wiener Platz 2a, 51065 Köln

Anwesend:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister	SPD
Derichsweiler, Max Christian	GRÜNE
Haeming, Eric	CDU
Lünenbach, Alexander	SPD
Brock-Storms, Claudia	SPD
Fischer, Ruth	SPD
Kranz, Berit	SPD
Portz, Thomas, Dr.	CDU
Kopf, Dieter	CDU
Krüger, Stephan	CDU
Paunovich, Mike	CDU
Seldschopf, Winfried	GRÜNE
Böttcher, Marianne	GRÜNE
Bakis, Nijat	DIE LINKE
Tücks, Torsten	FDP

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Klein, Heinz	CDU
--------------	-----

Verwaltung

Hohenforst, Susanne	Bürgeramt Mülheim
Bosse, Thilo	Amt für Statistik und Stadtentwicklung
Reddel, Dietmar	Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung
Wegmann, Alice	Stadtplanungsamt

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Alexius, Kurt	Seniorenvertreter
---------------	-------------------

Scherer, Karin

Seniorenvertreterin

Presse

Zuschauer

Entschuldigt:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Kaske-Vollmer, Jutta	SPD
Stengle, Hans	SPD

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Frebel, Polina	SPD
Frenzel, Michael	SPD
Halberstadt-Kausch, Inge	SPD
Kaske, Sven	SPD
Noack, Horst	SPD
Philippi, Franz	SPD
Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister	CDU
Akbayir, Hamide	DIE LINKE

Unentschuldigt fehlen:

Frau Judith Wolter	Parteilos (bis 15.04.2018 pro Köln)
--------------------	-------------------------------------

Vor Beginn der Sitzung bittet Herr Bezirksbürgermeister Fuchs anlässlich des 75.Gedenktages der Befreiung von Auschwitz um eine Gedenkminute.

Der Vorsitzende, Herr Bezirksbürgermeister Fuchs, eröffnet die 42.Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim in der Wahlperiode 2014/2020 und begrüßt alle Anwesenden.

Es liegen folgende **verfristete** Tagesordnungspunkte vor:

8.1.3 Gefahrenstelle Dünwalder Kommunalweg/ Am Flachsrosterweg

Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.01.2020
AN/0164/2020

9.1.3 Förderprogramm zur Sicherung der Veedelszüge 2020,
hier; Vergabe der Mittel für die Veedelszüge im Stadtbezirk Mülheim
0174/2020

9.1.4 Vergabe von bezirksorientierten Mitteln für das Haushaltsjahr 2020; Vorzeitige
Vergabe von bereits vorliegenden Anträgen
0254/2020

9.2.6 Ordnungsbehördliche Verordnung für 2020 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den aufgeführten Tagen und Zeiten
4022/2020

9.2.7 Beschluss über die Planung der Maßnahme "Umgestaltung der Frankfurter Straße in Buchheim" aus dem Programm "Starke Veedel - Starkes Köln" (Einzelmaßnahme 2.5.6)
hier: Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss und Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung
4240/2020

Es bestehen keine Bedenken, diese Tagesordnungspunkte in die Tagesordnung aufzunehmen.

Gemeinsam zu behandelnde Tagesordnungspunkte:

Folgende Tagesordnungspunkte sollen gemeinsam behandelt werden:

TOP 9.2.2 229. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Im Rodfeld/Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 BauGB
4058/2019

gemeinsam mit

TOP 10.2.4 Offenlage des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (VEP) Nr. 72498/02
Arbeitstitel: Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus
4208/2019

und

TOP 10.2.10 225. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus
hier: Offenlage nach § 3 Absatz 2 BauGB und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Absatz 2 BauGB
005/2020

Es bestehen keine Bedenken, diese Tagesordnungspunkte gemeinsam zu beraten.

Vorzuziehende Tagesordnungspunkte:

Zudem möchte Herr Bezirksbürgermeister Fuchs die Tagesordnungspunkte

9.2.1 Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt

2887/2019

und

10.2.13 Sachstand Mülheimer Brücke

vorziehen.

Es bestehen keine Bedenken, diese Tagesordnungspunkte vorzuziehen.

Als Stimmzähler werden Herr Lünenbach, Frau Böttcher und Herr Krüger benannt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Einwohnerfrage Verkehrskonzept

2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrradweg Auenweg in Höhe Claudius Therme (Az.:02-1600-119/19)
2747/2019

2.2 Siedlung Egonstraße in Köln-Stammheim; Bürgereingabe vom 01.09.2019
3707/2019

2.3 Eingabe nach § 24 GO - AZ 187/19 B - 57 Maßnahmen für Mülheim,
Anregung der "Initiative für ein lebenswertes Mülheim" vom 07.08.2019
4195/2019

3 Einwohneranträge gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Annahme von Schenkungen

7 Anfragen

7.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

7.1.1 Baumsterben im Stadtbezirk Mülheim
4266/2020

- 7.1.2 Verlängerung Stadtbahn Mülheim-Süd - Stammheim - Flittard
hier: Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in
der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim am 06.05.2019, TOP 7.2.4
1804/2019
- 7.1.3 Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung: Fluglärm in
Köln-Mülheim – Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Grüne vom 26.10.2019
(AN/1437/2019)
4083/2019
- 7.1.4 Sicherung des Kinder- und Jugendschutzes in Köln Buchheim - im Besonde-
ren
4199/2019
- 7.1.5 Schulweg Teilstandort der Gesamtschule Höhenhaus in Dellbrück zur Willy-
Brandt-Gesamtschule Höhenhaus
hier: Beantwortung einer Anfrage der Bezirksvertretung Mülheim aus der Sit-
zung am 16.04.2018, TOP 7.2
4406/2019
- 7.1.6 Buchheimer Ring: Einrichtung von Parkplätzen für die Nutzer des Fußballfel-
des in der Merheimer Heide (Ecke Schlagbaumsweg/Buchheimer Ring)
hier: Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur
Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim am 09.12.2019 (Anfrage
AN/1574/2019)
4445/2019
- 7.1.7 Geschwindigkeitskontrolle am Stammheimer Ring
0025/2020
- 7.2 Neue Anfragen
- 7.2.1 Stellflächen für E-Roller
Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.01.2020
AN/0099/2020
- 7.2.2 Zukunft des Grundstücks „Peugeot“ in Holweide
Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.01.2020
AN/0100/2020
- 7.2.3 Wasserhochstand des Mutzbaches östlich des Waldbades - Drohen dem
Waldbad Schäden ?
Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 20.01.2020
AN/0115/2020

- 7.2.3.1 Wasserhochstand des Mutzbaches östlich des Waldbades
Beantwortung der gemeinsamen Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen vom 20.01.2020
0269/2020

8 Anträge

- 8.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen
- 8.1.1 Begrünte KVB-Fahrgastunterstände
Antrag der CDU-Fraktion vom 21.12.2019
AN/0020/2020
- 8.1.2 ÖPNV attraktiver machen: mehr Komfort im ÖPNV - Ertüchtigung der Bus-
haltestelle Stammheimer Friedhof
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 13.01.2020
AN/0035/2020
- 8.1.3 Gefahrenstelle Dünnwalder Kommunalweg/ Am Flachsrosterweg
Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bünd-
nis 90/Die Grünen vom 26.01.2020
AN/0164/2020
- 8.2 Vorschläge und Anregungen gemäß § 37 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeord-
nung des Landes Nordrhein-Westfalen

9 Verwaltungsvorlagen

- 9.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen
- 9.1.1 Änderung der Richtlinie der Stadt Köln zur Gewährung von Zuwendungen
aus dem Verfügungsfonds im Rahmen des Programms „Starke Veedel –
Starkes Köln“ für das Gebiet „Mülheim-Nord, Keupstraße, Buchheim und
Buchforst“
4369/2019
- 9.1.2 Generalsanierung der Pützlachstraße und der Frasengasse in Köln-Flittard
4443/2019
- 9.1.3 Förderprogramm zur Sicherung der Veedelszüge 2020,
hier; Vergabe der Mittel für die Veedelszüge im Stadtbezirk Mülheim
0174/2020

- 9.1.4 Vergabe von bezirksorientierten Mitteln für das Haushaltsjahr 2020; Vorzeitige Vergabe von bereits vorliegenden Anträgen
0254/2020
- 9.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 9.2.1 Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt
2887/2019
 - 9.2.1.1 Ergänzungsantrag zur Vorlage 2887/2019, Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt
AN/1496/2019
 - 9.2.1.2 Änderungsantrag zum Regionalplan (2887/2019)
Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.01.2020
AN/0034/2020
 - 9.2.2 229. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Im Rodfeld/Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 BauGB
4058/2019
 - 9.2.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die Ergänzung des Bebauungsplan-Entwurfs 73480/06;
Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
4057/2019
 - 9.2.4 273. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4246/2019
 - 9.2.5 Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nummer 73490/06-
Arbeitstitel: August-Strindberg-Straße in Köln-Holweide;
Anhörung der Bezirksvertretung Mülheim zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung der Bebauungsplan-Teilaufhebung
4162/2019

- 9.2.6 Ordnungsbehördliche Verordnung für 2020 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den aufgeführten Tagen und Zeiten
4022/2019
- 9.2.7 Beschluss über die Planung der Maßnahme "Umgestaltung der Frankfurter Straße in Buchheim" aus dem Programm "Starke Veedel - Starkes Köln" (Einzelmaßnahme 2.5.6)
hier: Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss und Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung
4240/2019

10 Mitteilungen

- 10.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters
- 10.2 Mitteilungen der Verwaltung
 - 10.2.1 Baumfällungen im Stadtbezirk Mülheim
 - 10.2.2 Unerledigte Anfragen und Anträge der laufenden Periode
 - 10.2.3 Umsetzungsstand des Projektes Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe
4200/2019
 - 10.2.4 Offenlage des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (VEP) Nr. 72498/02
Arbeitstitel: Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus
4208/2019
 - 10.2.5 Illegales Parken im Landschaftsschutzgebiet m Bereich Diepeschrather Str.
4225/2019
 - 10.2.6 Bevölkerungsprognose für Köln 2018 bis 2040
Mit kleinräumigen Berechnungen bis 2030
4108/2019
 - 10.2.7 20. Ehrenamtspreis "KölnEngagiert"
4439/2019
 - 10.2.8 Stärkung und Ausweitung des KVB-Stadtbahn- und Busnetzes
hier: Stellungnahme zu den Vorlagen-Nr. 1103/2019, 1215/2019 und 1418/2019
3935/2019
 - 10.2.9 Bericht zum Umsetzungsstand des ZMI-Eckpunktepapiers
2484/2019

- 10.2.10 225. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus
hier: Offenlage nach § 3 Absatz 2 BauGB und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Absatz 2 BauGB
0005/2020
- 10.2.11 Ergebnis des Qualifizierungsverfahrens zum Quartier Schlebuscher Weg in Köln Höhenhaus
0072/2020
- 10.2.12 Teilnahme des Erich-Gutenberg-Berufskollegs am Schulversuch Talentschulen
0160/2020
- 10.2.13 Sachstand Sanierung Mülheimer Brücke
- 10.3 Bemerkungen zur Niederschrift

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Einwohnerfrage Verkehrskonzept

Frau Bürgeramtsleiterin Hohenforst liest die Beantwortung der Verwaltung vor:

1.Frage:

Auf der BergischGladbacher Straße ist nun Tempo 30 Zone Lärmschutz (Ich dachte wegen der Luftverschmutzung?) eingerichtet. Warum sind die Ampelphasen nicht auf Tempo 30 umgestellt?

z.B. zwischen Skt. Theresia und Gronauer Str.

Antwort:

Die Grüne Welle auf der Bergisch Gladbacher Straße ist schon seit November 2018 auf Tempo 30 optimiert.

Nach telefonischer Rücksprache mit dem Anfrager stellte sich heraus, dass er morgens stadtauswärts auf der Bergisch Gladbacher Straße unterwegs ist.

Die Schaltung dieser Fahrtrichtung wird aber nachrangig zur Fahrtrichtung stadteinwärts behandelt, da morgens grundsätzlich, die Verkehre nach Köln hereinfahrend priorisiert werden, so dass es häufiger zum Stopp kommen kann und auch kommen wird.

Der Anfrager war mit dieser Beantwortung zufrieden gestellt.

2.Frage:

Am Bahnhof Mülheim/ Montanustr. steht der Bus der Linie 150 während seiner Pause alle 20 Min. auf dem Fahrradschutzstreifen. Ist das richtig?

Antwort:

Nach Prüfung der Sachlage innerhalb der Verwaltung und Rückfrage bei der KVB wurde festgestellt, dass hier eine kleine aber entscheidende Fehleinschätzung des Bürgers vorliegt.

Der Schutzstreifen entlang der Montanusstraße ist im Bereich der Haltestelle unterbrochen. Hier hat sich der Radverkehr den Straßenraum mit den anderen Verkehrsmitteln zu teilen. Diese Fahrbahnmarkierung entspricht inzwischen dem Kölner Standard und findet vielfach Anwendung. Am Heumarkt beispielsweise verbringt die Buslinie 106 ihre Wendezeit in einer vergleichbaren Situation.

3.Frage:

Wäre es nicht besser, der oder die Busse würden auf dem Bahnhofsvorplatz halten und wenden?

Aktuell ist es in der Rüdeshheimer Str. Ecke Wiesbadener Str. so, dass für die Buslinie 150 von der KVB ein Servicewagen an der Kreuzung in den Stoßzeiten (StunkSitzung) abgestellt wird, um mögliche Falschparker vorbeugend zu vertreiben. So werden Ressourcen vergeudet, die einem leistungsfähigen ÖPNV fehlen.

Antwort:

Der Bahnhofsvorplatz ist ebenso wie die Kreuzung Frankfurter Straße/ Montanusstraße im Zuge des Förderprojektes Mülheim 2020 umgestaltet worden. Der Bahnhofsvorplatz (im Eigentum der DB) hat in diesem Zuge ein neues Pflaster erhalten, dessen Tragfähigkeit keinen Regelbetrieb einer Buslinie erlaubt. Ein Umbau und die entsprechend notwendige Umwidmung kommen aufgrund der geflossenen Fördermittel derzeit nicht in Frage, da neben den neuen Investitionen auch die Fördermittel zurückgezahlt werden müssten. Zudem ist die notwendige Zustimmung zur Umwidmung und Umnutzung des Platzes fraglich. Hierbei wären vielfältige Interessenslagen zu berücksichtigen.

4.Frage:

Seit kurzem bin ich auf ein Plug-In fähiges Hybridfahrzeug umgestiegen. Da das Fahrzeug über kein Schnellladesystem verfügt und ich keinen eigenen Stellplatz habe, gibt es in der unmittelbaren Umgebung keine Lademöglichkeit, um das Fahrzeug elektrisch zu betreiben.

Die RheinEnergie kann auch nicht weiterhelfen. Warum werden nicht auch öffentliche Stellplätze mit Lademöglichkeit in Mülheim eingerichtet?

Antwort:

Es werden öffentliche Stellplätze mit Lademöglichkeiten in Mülheim errichtet. In diesem Zusammenhang wird auf das Standortkonzept für eine Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln verwiesen. Link: https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=81016&search=1 . Im Stadtbezirk Mülheim sind neun Lademöglichkeiten geplant, davon acht Normallade- und eine Schnelllademöglichkeit.

2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**2.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrradweg Auenweg in Höhe Claudius Therme (Az.:02-1600-119/19)
2747/2019**

Die Vorlage wird zurückgestellt und zunächst in den runden Tisch Radverkehr verwiesen.

**2.2 Siedlung Egonstraße in Köln-Stammheim; Bürgereingabe vom
01.09.2019
3707/2019**

Der Petent Herr Kippe trägt zunächst seine Eingabe vor, hierbei handele er im Auftrag der Initiative Egonstraße.

Er verweist auf ein vorliegendes Rechtsgutachten der Rechtsanwaltskanzlei Lenz und Voss, bei der es sich um eine renommierte Baurechtskanzlei handele. Gemäß diesem Rechtsgutachten habe vorliegend Planungsrecht keine Wirksamkeit. Da kein Bebauungsplan vorliege, richte sich das Baurecht hier nach § 34 Baugesetzbuch.

Der Weg sei somit offen, dass auch leer stehende Häuser wieder vermietet werden könnten.

Die fehlende Baugenehmigung stelle er zudem in Frage, er könne sich nicht vorstellen, dass ein solches Gebiet vollständig ohne Baugenehmigung errichtet worden sei.

Er appelliere an die Verwaltung, dass es in Köln genug Wohnungssuchende und Obdachlose gebe, da passe das Verhalten der Verwaltung zur Egonstraße nicht zusammen. Sein Eindruck sei, dass man mittlerweile schon viele von dieser Ansicht überzeugt habe, man aber in der Verwaltung noch Überzeugungsarbeit leisten müsse. Diesbezüglich werde man dran bleiben.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs kritisiert die fehlende Teilnahme der Verwaltung. Er teilt mit, dass es einen geänderten Beschlussvorschlag gebe, der von allen Fraktionen und Einzelmandatsträgern der Bezirksvertretung getragen werde und liest diesen Beschlussvorschlag vor.

Herr Paunovich (CDU-Fraktion) teilt mit, dass er die Verwaltungsvorlage für den Beschwerdeausschuss ablehne. Es sei traurig, dass man fehlenden Wohnraum beklage, aber hier vorhandene Möglichkeiten nicht nutze.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim dankt der Petentin für die Eingabe und empfiehlt dem Liegenschaftsausschuss folgenden Beschluss zu fassen.

Der Liegenschaftsausschuss spricht sich gegen den Abriss der Siedlung Egonstraße aus und bittet die Verwaltung, alle Möglichkeiten insbesondere rechtlicher und finanzieller Art auszuschöpfen, die den Erhalt der Siedlung mit ihren sehr günstigen Mieten sichern helfen. Dazu gehört insbesondere eine Änderung des Flächennutzungsplans sowie eine Genehmigungslage auf der Grundlage des § 34 BauGB ernsthaft zu verfolgen. Eine mögliche verwaltungsgerichtliche Klärung durch die Bewohnerinnen und Bewohner soll abgewartet werden. Die Bezirksvertretung Mülheim beschließt daher ein Moratorium (bis zur endgültigen Klärung kein weiterer Abriss) bzgl. des bisherigen Vorgehens der Verwaltung. Die Verwaltung soll zudem Alternativen darstellen, wie mit der Siedlung umgegangen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2.3 Eingabe nach § 24 GO - AZ 187/19 B - 57 Maßnahmen für Mülheim, Anregung der "Initiative für ein lebenswertes Mülheim" vom 07.08.2019 4195/2019

Die Petentin Frau Lorra-Giese spricht im Namen der Initiative für ein Lebenswertes Mülheim und nimmt Bezug auf die vorliegende Beschlussvorlage.

Sie stelle dabei fest, dass die Forderungen, die von der Initiative für ein lebenswertes Mülheim gestellt wurden, nicht konkret in der Verwaltungsvorlage benannt würden.

Die Beschlussvorlage beziehe sich vermutlich auf die nachfolgenden acht Forderungen aus dem Masterplan der Initiative:

2.14 Durchsetzung des Parkverbots auf Geh- und Radwegen: Verstöße gegen die StVO sind durch Verhängen von Bußgeldern, bei illegal abgestellten Autos auf Bürgersteigen / Radwegen durch Abschleppen zu ahnden.

4.4 adäquate Präsenz von qualifiziertem, angemessen entlohntem Ordnungspersonals (Ordnungsamt/Polizei) und dem Notdienst der AWB insbesondere am Wiener Platz, Bahnhofsgegend, Stadtgarten, Mülheim Süd bis einschließlich Mülheim Nord, Berliner Straße/Seitenstraßen an 7 Tagen pro Woche je 24 Stunden – Darüber hinaus die Garantie einer jederzeit telefonischen Erreichbarkeit des Ordnungspersonals, verbunden mit der Garantie eines zeitnahen Erscheinens am Einsatzort

4.5 Konsequentes Einschreiten bei allen Ordnungswidrigkeiten (z.B. Falschparker, nicht genehmigte Leuchtreklame, Geschäftsauslage auf dem Gehweg, Wildmüll, Wildpinkeln, ...) durch Bußgeldbescheide/Abschleppen

4.6 Einstellung eines Stadtraumkoordinators für den Wiener Platz mit ausreichendem Budget (1,5 Millionen, siehe Ebertplatz: Einbindung der Universität, Hochschulen,...)

4.7 Keine personelle Umstrukturierung der Polizei zu Lasten Mülheims (KSTA vom 10.07.2019)

4.12 Maßnahmen gegen beginnende Ghattobildung im Sozialraum Mülheim, z.B. Schützenhofstr., Wallstraße/Ecke Buchheimer Str. und Adamstr./Ecke Buchheimer Str.

4.16 Verstärkte Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete, wie z.B. Anlernen der Müllvermeidung und Mülltrennung, Vermittlung der Vorstellung von Sonntags-, Feiertags-, Mittags- und Nachtruhe,...

4.20 Neue Grillordnung im Stadtgarten, z.B. Anlage eines Grillplatzes entfernt von Wohnstraßen

Bezüglich dem Ordnungsdienst wolle sie ein Lob aussprechen. Dieser sei öfter rund um den Wiener Platz zu sehen, die telefonische Erreichbarkeit habe sich verbessert. Selbst am Sonntag habe sie den Ordnungsdienst erreicht und es sei abgeschleppt worden.

Die Petentin Specks ergänzt, dass eine Verbesserung auch in der Berliner Straße spürbar sei und man den Ordnungsdienst mehr wahrnehme.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sei allerdings nichtssagend und werfe viele der nachgeführten Fragen auf.

1. Dass es eine spürbare Verbesserung der Situation am Wiener Platz gibt, erschließe sich nicht.
Frage: Woran kann man konkret diese spürbare Verbesserung feststellen, kann man sie benennen oder dokumentieren?
2. Es wurden 1530 Ordnungswidrigkeiten in 2019 geahndet.
Frage: Was sagt diese Zahl aus? Wie steht sie zu den Fallzahlen der Vorjahre oder zu den Fallzahlen anderer Stadtteile/Stadtbezirke?
3. Der Wiener Platz wird 12 x wöchentlich gereinigt, zusätzlich 3 x wöchentlich durch Naßreinigung. Oftmals ist kurze Zeit nach der Reinigung diese nicht mehr erkennbar, da alles erneut verunreinigt ist.
Fragen: Wenn das Problem der schnellen Neuverschmutzung erkannt ist, durch welche Maßnahmen wird es verhindert?

Warum sind Ordnungskräfte nach einer Reinigung nicht vor Ort und verteilen sofort Knöllchen bei Neuverschmutzungen?

Wann wird die Forderung nach einem Stadtraumkoordinator für den Wiener Platz umgesetzt?

4. Umfangreiche Broschüren in verschiedenen Sprachen zum Thema Wohnen und Abfallentsorgung werden an Geflüchtete ausgehändigt.

Frage: Wer liest diese Broschüren, versteht die Anleitungen und handelt danach? Erfahrungsgemäß müssen die meisten Menschen angeleitet werden. Daher fordern wir immer noch - wie in der BV am 9.12.19 besprochen unter 5.9 „Ein Vollzeit-Sozialarbeiter und ein Hausmeister für maximal 70 Personen /Haus. Da wird im Augenblick an der falschen Stelle gespart.

Beispiel:

Haus Bergisch Gladbacher Str. 2a

18 Parteien haben 5 große Restmüllcontainer und je einen großen blauen und gelben Container. Ich gehe davon aus, dass diese riesigen Restmüllcontainer von der Stadt gezahlt werden müssen, weil die Bewohner keinen Müll trennen. Hier könnte eine sinnvolle Kostenumverteilung durch die Reduzierung der vielen Restmüllcontainer und vermehrten Einsatz eines Sozialarbeiter/Hausmeister für das Haus erreicht werden.

5. Die Ordnungsdienste erhalten häufig Beschwerden von Anwohnern des Stadtgartens bezüglich störender Gerüche oder das Grillen im Nahbereich der Bäume.

Frage: Wie steht es mit der Präsenz der Ordnungsdienste gerade im Sommer, wenn der Stadtgarten sehr stark frequentiert ist?

Herr Seldschopf (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) betrachte die Beschlussvorlage ebenso wie die Petentin. Diese sei lapidar. Grundsätzlich nehme die Verwaltung offenbar wahr, dass Handlungsbedarf bestehe, werde im Beschlussvorschlag jedoch nicht konkret.

Frau Bürgeramtsleiterin Hohenforst informiert, dass sie hinsichtlich der Forderung Nr. 4.8 zu den Stadtteilkümmerern berichten kann, dass ab dem 03.02.2020 auch in Mülheim Stadtteilkümmerer eingesetzt werden. Diese werden von der KGAB koordiniert und würden sicherlich im öffentlichen Raum wahrgenommen. Allein schon die Präsenz könne dazu beitragen, dass sich das Gesamtbild des öffentlichen Raumes weiterhin verbessere.

Sie erläutert, dass die Stadtteilkümmerer allerdings keine hoheitlichen Aufgaben wahrnehmen.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs schlägt vor, den Beschlussvorschlag mit den acht Fragen der Petenten zu ergänzen. Er lässt über den ergänzten Beschluss abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim dankt der Petentin bzw. der „Initiative für ein lebenswertes Mülheim“ für ihre Eingabe nach § 24 GO.

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die geforderten Maßnahmen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die bereits ausgeführten Maßnahmen für die öffentliche

Sicherheit und Ordnung im Sinne eines lebenswerten Mülheims fortzuführen und außerdem die folgenden Fragen zu beantworten:

- 1 Dass es eine spürbare Verbesserung der Situation am Wiener Platz gibt, erschließt sich mir nicht.

Frage: Woran kann man konkret diese spürbare Verbesserung feststellen, kann man sie benennen oder dokumentieren?

- 2 Es wurden 1530 Ordnungswidrigkeiten in 2019 geahndet.

Frage: Was sagt diese Zahl aus? Wie steht sie zu den Fallzahlen der Vorjahre oder zu den Fallzahlen anderer Stadtteile/Stadtbezirke?

- 3 Der Wiener Platz wird 12 x wöchentlich gereinigt, zusätzlich 3 x wöchentlich durch Naßreinigung. Oftmals ist kurze Zeit nach der Reinigung diese nicht mehr erkennbar, da alles erneut verunreinigt ist.

Frage: Wenn das Problem der schnellen Neuverschmutzung erkannt ist, durch welche Maßnahmen wird es verhindert?

Warum sind Ordnungskräfte nach einer Reinigung nicht vor Ort und verteilen sofort Knöllchen bei Neuverschmutzungen?

Wann wird die Forderung nach einem Stadtraumkoordinator für den Wiener Platz umgesetzt?

- 4 Umfangreiche Broschüren in verschiedenen Sprachen zum Thema Wohnen und Abfallentsorgung werden an Geflüchtete ausgehändigt.

Frage. Wer liest diese Broschüren, versteht die Anleitungen und handelt danach? Erfahrungsgemäß müssen die meisten Menschen angeleitet werden. Daher fordern wir immer noch - wie in der BV am 9.12.19 besprochen unter 5.9 „ Ein Vollzeit-Sozialarbeiter und ein Hausmeister für maximal 70 Personen /Haus. Da wird im Augenblick an der falschen Stelle gespart.

Beispiel:

Haus Bergisch Gladbacher Str. 2a

18 Parteien haben 5 große Restmüllcontainer und je einen großen blauen und gelben Container. Ich gehe davon aus, dass diese riesigen Restmüllcontainer von der Stadt gezahlt werden müssen, weil die Bewohner keinen Müll trennen. Hier könnte eine sinnvolle Kostenumverteilung durch die Reduzierung der vielen Restmüllcontainer und vermehrten Einsatz eines Sozialarbeiter/Hausmeister für das Haus erreicht werden.

- 5 Die Ordnungsdienste erhalten häufig Beschwerden von Anwohnern des Stadtgartens bezüglich störender Gerüche oder das Grillen im Nahbereich der Bäume.

Frage: Wie steht es mit der Präsenz der Ordnungsdienste gerade im Sommer, wenn der Stadtgarten sehr stark frequentiert ist?

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 3 Einwohneranträge gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6 Annahme von Schenkungen**
- 7 Anfragen**
- 7.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

- 7.1.1 Baumsterben im Stadtbezirk Mülheim
4266/2020**

Herr Seldschopf (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, er werde für die nächste Sitzung einen Antrag stellen, ein Baumkataster anzulegen, für das jeder Bürger vorschlagen könne, wo Bäume gesetzt werden sollen. Sein subjektiver Eindruck sei nicht, dass der Baumbestand wachse.

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Beantwortung zur Kenntnis, die Anfrage ist damit erledigt.

- 7.1.2 Verlängerung Stadtbahn Mülheim-Süd - Stammheim - Flittard
hier: Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
in der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim am 06.05.2019, TOP 7.2.4
1804/2019**

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs stellt zu der Beantwortung in Frage, wie auf der betreffenden Strecke ein Hochflurnetz möglich sein soll.

Herr Seldschopf (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) ergänzt hierzu, dass die KVB der Bezirksvertretung Mülheim vorstellen soll, wo bei einem Hochflurnetz auf der Deutz-Mülheimer Straße die Haltestellen geplant würden.

- 7.1.3 Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung: Fluglärm
in Köln-Mülheim – Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Grüne vom
26.10.2019 (AN/1437/2019)
4083/2019**

Herr Derichsweiler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führt an, dass die dargestellten Messungen gemäß der Beantwortung in Merheim vorgenommen werden. Die Wahrnehmung in Mülheim sei jedoch eine andere als dargestellt. Insofern erwäge er einen

Antrag zu stellen, dass Messungen im Stadtbezirk Mülheim durchgeführt werden sollen.

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Beantwortung zur Kenntnis, die Anfrage ist damit erledigt.

**7.1.4 Sicherung des Kinder- und Jugendschutzes in Köln Buchheim - im Besonderen
4199/2019**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Beantwortung zur Kenntnis, die Anfrage ist damit erledigt.

**7.1.5 Schulweg Teilstandort der Gesamtschule Höhenhaus in Dellbrück zur Willy-Brandt-Gesamtschule Höhenhaus
hier: Beantwortung einer Anfrage der Bezirksvertretung Mülheim aus der Sitzung am 16.04.2018, TOP 7.2
4406/2019**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Beantwortung zur Kenntnis, die Anfrage ist damit erledigt.

**7.1.6 Buchheimer Ring: Einrichtung von Parkplätzen für die Nutzer des Fußballfeldes in der Merheimer Heide (Ecke Schlagbaumsweg/Buchheimer Ring)
hier: Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim am 09.12.2019 (Anfrage AN/1574/2019)
4445/2019**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Beantwortung zur Kenntnis, die Anfrage ist damit erledigt.

**7.1.7 Geschwindigkeitskontrolle am Stammheimer Ring
0025/2020**

Herr Tücks (Einzelmandatsträger FDP) beanstandet, dass seine subjektive Wahrnehmung hinsichtlich der Verkehrsverstöße eine andere sei.

Frau Brock-Storms (SPD-Fraktion) ergänzt hierzu, dass die Geschwindigkeitskontrollen ein Ergebnis eines Ortstermins gewesen seien. Bei diesem Ortstermin habe sie ebenso die subjektive Wahrnehmung gehabt, dass die Sicherheit der Schulkinder auf dem Schulweg insbesondere am Zebrastreifen nicht in ausreichendem Maße gewährleistet sei. Sie bedanke sich aber bei der Verwaltung, dass nun Messungen vorgenommen wurden und diese laut der Mitteilung auch weiterhin vorgesehen seien.

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Beantwortung zur Kenntnis, die Anfrage ist damit erledigt.

7.2 Neue Anfragen

7.2.1 Stellflächen für E-Roller Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.01.2020 AN/0099/2020

Eine Antwort liegt noch nicht vor.

7.2.2 Zukunft des Grundstücks „Peugeot“ in Holweide Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.01.2020 AN/0100/2020

Eine Antwort liegt noch nicht vor.

7.2.3 Wasserhochstand des Mutzbaches östlich des Waldbades - Drohen dem Waldbad Schäden ? Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.01.2020 AN/0115/2020

7.2.3.1 Wasserhochstand des Mutzbaches östlich des Waldbades Beantwortung der gemeinsamen Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.01.2020 0269/2020

Herr Seldschopf (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass seine Fraktion auf einen drohenden Schaden für das Waldbad aufmerksam machen wollte. Offensichtlich gebe es aber ja bereits einen Austausch zwischen dem Betreiber des Waldbades und dem Wupperverband. Insofern müsse man dies nun weiter beobachten.

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Beantwortung zur Kenntnis, die Anfrage ist damit erledigt.

8 Anträge

8.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8.1.1 Begrünte KVB-Fahrgastunterstände Antrag der CDU-Fraktion vom 21.12.2019 AN/0020/2020

Herr Krüger (CDU-Fraktion) erläutert den Antrag seiner Fraktion. Insektenschutz, Bienenschutz und Klimaschutz seien gerade hochaktuelle Themen. Die Stadt Köln biete dazu schon einiges an. Hier handele es sich um eine kleine Maßnahme, aber mit einer gewissen Symbolik. Da viele Menschen den ÖPNV nutzen, würde diese Maßnahme sichtbar.

Herr Kopf (CDU-Fraktion) ergänzt, dass die Begrünung auch die Luftqualität verbessern könne.

Herr Tücks (Einzelmandatsträger FDP) weist daraufhin, dass eine ähnliche Initiative bereits im Ausschuss Umwelt und Grün von der FDP eingebracht wurde.

Beschluss:

Die Kölner Verkehrsbetriebe werden gebeten, zu prüfen, inwieweit begrünte Fahrgastunterstände im Stadtbezirk Mülheim eingesetzt werden können, auch im Rahmen von Pilotprojekten/-modellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**8.1.2 ÖPNV attraktiver machen: mehr Komfort im ÖPNV - Ertüchtigung der Bushaltestelle Stammheimer Friedhof
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.01.2020
AN/0035/2020**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim beschließt, die Stadtverwaltung zu beauftragen am Fahrgastunterstand (FGU) Stammheimer Friedhof (Richtung S-Bahn Stammheim) ausklappbare Sitze zu installieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**8.1.3 Gefahrenstelle Dünwalder Kommunalweg/ Am Flachsrosterweg
Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.01.2020
AN/0164/2020**

Frau Kranz (SPD-Fraktion) erläutert den Antrag. Nachdem bereits im vergangenen Juli ein Prüfantrag beschlossen wurde, habe sie bei dem daraufhin durchgeführten Ortstermin den Eindruck gehabt, dass die Verwaltung diesen nicht verstanden bzw. die Gefahrenlage nicht ernst genommen habe. Daher sei nun der erneute Antrag mit konkreten Maßnahmen eingereicht worden. Dabei wolle sie nochmals betonen, dass es nicht sein könne, dass es erst zu einem Unfall kommen müsse. Sie bitte die Verwaltung daher, nun in Abstimmung mit Straßen NRW die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

Herr Dr. Portz (CDU-Fraktion) teile die Meinung, dass die Betonschutzwand ausgetauscht werden müsse. Ein Tempo 50 auf der gegenüberliegenden Seite lehne seine Fraktion jedoch ab.

Herr Seldschopf (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) ist ebenfalls der Ansicht, dass es sich um eine gefährliche Kreuzung handle. Beim Ortstermin habe er schon allein vier gefährliche Situationen beobachtet. Die Kreuzung habe man so gar nicht bauen dürfen, nun müsse man rettende Maßnahmen einsetzen. Natürlich müssten Radfahrer und Fußgänger über der Brücke geschützt werden, die Betonschutzwand müsse

aber gegen eine durchsichtigere Alternative getauscht werden. Ebenso sei beidseitig Tempo 50 erforderlich, da es nach links und rechts Abbiegeverkehr gebe.

Frau Kranz erläutert, dass die Verwaltung beim Ortstermin ohnehin davon ausgegangen sei, dass beidseitig Tempo 50 gelte, was allerdings nicht der Fall sei.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs lässt zunächst nur über Ziffer 3 des Antrages abstimmen:

Einrichtung von Tempo 50 auch auf der gegenüberliegenden Straßenseite des Dünnwalder Kommunalwegs von Dünnwald aus kommend Richtung B8 in ausreichendem Abstand vor der Einmündung Am Flachsrosterweg.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion beschlossen

Anschließend lässt Herr Bezirksbürgermeister Fuchs über den Gesamtantrag abstimmen:

Beschluss:

Um weitere Unfälle an der Kreuzung Am Flachsrosterweg/ Dünnwalder Kommunalweg zu verhindern, wird gefordert, die Sicht für abbiegende VerkehrsteilnehmerInnen von der Straße Am Flachsrosterweg auf den Dünnwalder Kommunalweg zu verbessern und den kreuzenden Verkehr zu entschleunigen.

Die folgenden Maßnahmen sollten neben möglichen weiteren, noch zu prüfenden Maßnahmen, erfolgen:

1. Die komplette Betonschutzwand zwischen Fahrbahn und Rad-/Fußweg auf der Autobahn-brücke (wg. Sichtbehinderung) muss gegen eine Abgrenzung, die zwar Fuß- und Radfahrerinnen und Radfahrer schützt, die Sicht auf die Brücke für die Abbiegenden aber nicht verhindert (z.B. eine Leit-planke), ausgetauscht werden.
2. Die Wegnahme/ Versetzung des Schildes, das die Sicht auf das vorhandene Tempo 50 Schild (von Stammheim kommend) verdeckt, muss schnellst möglich erfolgen.
3. Einrichtung von Tempo 50 auch auf der gegenüberliegenden Straßenseite des Dünnwalder Kommunalwegs von Dünnwald aus kommend Richtung B8 in ausreichendem Abstand vor der Einmündung Am Flachsrosterweg.
4. Um durchgehend Tempo 50 nach der Reduzierung auf Tempo 30 hinter der S-Bahn-Unterführung zu erhalten, statt der bisherigen Erhöhung auf Tempo 70, muss diese Tempo 70 Beschilderung entfernt werden.

Da es sich beim Dünnwalder Kommunalweg um eine Landesstraße handelt, wird die Stadt Köln um eine zügige Kooperation mit den zuständigen Behörden des Landes gebeten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8.2 Vorschläge und Anregungen gemäß § 37 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9 Verwaltungsvorlagen

9.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**9.1.1 Änderung der Richtlinie der Stadt Köln zur Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds im Rahmen des Programms „Starke Veedel – Starkes Köln“ für das Gebiet „Mülheim-Nord, Keupstraße, Buchheim und Buchforst“
4369/2019**

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Mülheim beschließt die Änderungen in der Richtlinie der Stadt Köln zur Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds im Rahmen des Programms „Starke Veedel – Starkes Köln“ für das Gebiet „Mülheim-Nord, Keupstraße, Buchheim und Buchforst“. Grundlage bildet die am 06.05.2019 von der Bezirksvertretung Mülheim beschlossene Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds (Vorlagen-Nr. 1497/2019).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**9.1.2 Generalsanierung der Pützlachstraße und der Frasengasse in Köln-Flittard
4443/2019**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim beauftragt die Verwaltung, die Generalsanierung der Pützlachstraße sowie der Frasengasse gemäß des in der Anlage beigefügten Lageplanes umzusetzen und hierzu eine Bürgerinformation durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9.1.3 Förderprogramm zur Sicherung der Veedelszüge 2020, hier; Vergabe der Mittel für die Veedelszüge im Stadtbezirk Mülheim 0174/2020

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim beschließt die Freigabe der im Jahre 2020 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 10.000,- € zur Förderung der im Stadtbezirk Mülheim zu Karneval 2020 vorgesehenen Veedelszüge wie folgt:

Nr.	Veedelszug	Höhe der Förderung
1	Mülheimer Dienstagszug	1.499,25 €
2	Veedelszoch Holweide	749,63 €
3	Veedelszoch Buchforst	824,59 €
4	Dünwalder Veedelszoch	1.799,10 €
5	Flittarder Sonntagszug	629,69 €
6	Stammheimer Karnevalszug	824,59 €
7	Veedelszoch Höhenhaus	1.124,44 €
8	Dellbrücker Dienstagszug	2.548,73 €
	Summe:	10.000,00 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**9.1.4 Vergabe von bezirksorientierten Mitteln für das Haushaltsjahr 2020;
Vorzeitige Vergabe von bereits vorliegenden Anträgen
0254/2020**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim beschließt die vorzeitige Vergabe eines Teils der bezirksorientierten Mittel für das Jahr 2020 für die beiden folgenden bereits vorliegenden Anträge:

Hildegard Böhm	Monatliches Singen für Menschen mit Demenz und Angehörige	500 €
Ferdinand-Lasalle-Realschule	Teilnahme am Mülheimer Karnevalszug	300 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**9.2.1 Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt
2887/2019**

**9.2.1.1 Ergänzungsantrag zur Vorlage 2887/2019, Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt
AN/1496/2019**

**9.2.1.2 Änderungsantrag zum Regionalplan (2887/2019)
Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.01.2020
AN/0034/2020**

Herr Bosse (Amt für Statistik und Stadtentwicklung) erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Beim Regionalplan handele es sich um einen langfristig angelegten Flächen-Vorsorgeplan, der die Flächen-Ansprüche an den Raum bündele und den Rahmen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung aller Gemeinden im Regierungsbezirk festlege. Er stelle im groben Maßstab 1:50.000 u.a. Siedlungsbereiche, regional bedeutsame Grünzüge, geschützte Freiräume und vorhandene sowie geplante Verkehrs-trassen (überörtliche Straßen sowie Bahnlinien) dar.

Die Bezirksregierung sei Trägerin des Regionalplans. Sie habe allen Kommunen im Rahmen eines kooperativen Prozesses die Möglichkeit eröffnet, städtische Vorstellungen frühzeitig bereits in die informelle Phase der Überarbeitungsverfahrens einzubringen. Die formelle Phase des mehrjährigen Überarbeitungsverfahrens beginnd erst Anfang 2021 mit dem Erarbeitungsbeschluss des Regionalrats.

Die Aufgabe sei es, den Bevölkerungswachstum aufgreifen. Das Statistische Landesamt prognostiziere der attraktiven Metropole Köln bis 2040 innerhalb Nordrhein-Westfalens mit 15,8% die höchste Zuwachsrate, also ein Wachstum um rund 170.000 Einwohner. Auf dieser Grundlage habe die Bezirksregierung der Stadt Köln aufgetragen, zusätzliche Flächen im Umfang von 2637 ha für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und 815 ha für Gewerbe- und Industriebereiche (GIB) zu ermitteln. Die städtische Statistik gehe von einem weit geringeren Wanderungssaldo, aber einem gleichwohl immer noch starken Bevölkerungswachstum von rund 70.000 Einwohnern aus.

Die starke Wohnungsnachfrage werde sich in Köln nur teilweise durch Nachverdichtungen im Bestand und die auf Basis des gültigen Regionalplans bereits vorgesehenen großen Neubauvorhaben (wie z.B. die Parkstadt Süd, der Deutzer Hafen, Mülheim-Süd, Kreuzfeld oder Zündorf-Süd) auffangen lassen. Es würden zusätzliche Flächen außerhalb der heutigen Siedlungsbereiche benötigt. Die Herausforderung bestünden darin, das Bevölkerungswachstum als positiven Impuls für die Stadtentwicklung zu nutzen. Zusätzliche Siedlungsflächen sollen vorrangig an (künftigen) Schienenhaltepunkten ausgewiesen und die Chance ergriffen werden, die Nahversorgung sowie Infrastrukturausstattung in abgelegenen Stadtteilen zu verbessern.

Die Verwaltung habe unter diesen Aspekten nach stadtweit einheitlichen und nachvollziehbaren Kriterien Optionsflächen für die Weiterentwicklung der Stadt bis 2040 ermittelt.

Die von der Stadt Köln gemeldeten Siedlungsflächenvorschläge würden von der Bezirksregierung vor Übernahme in das vorläufige Plankonzept des Regionalplans auf Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen des Landesentwicklungsplans (LEP NRW) geprüft; anschließend werde der Plan einem Umweltscooping unterzogen.

Die endgültige Entscheidung über eine spätere Inanspruchnahme der im Regionalplan dargestellten Siedlungs-Optionsbereiche treffe die Stadt zu gegebener Zeit durch die Anpassung des Flächennutzungsplans und der Aufstellung von Bebauungsplänen eigenverantwortlich im Rahmen der kommunalen Planungshoheit.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs weist auf den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion im Rat (TOP 9.2.1.1) sowie den gemeinsamen Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (TOP 9.2.1.2) hin. Der Änderungsantrag befasse sich insbesondere mit dem Waldgebiet in Dünwald.

Frau Kranz (SPD-Fraktion) findet die Erläuterungen der Verwaltung schwierig. Vor allem die Hinweise, man solle die Planungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht überbewerten und diese würden ja erst in 20 Jahren greife. Immerhin werde ja etwas geplant. Das dies dann nicht als konkret angesehen werden könne, sei nicht glaubwürdig. Was die Planungen in Dünwald angehe, so bewege man sich bei dem betreffenden Waldgebiet im Naturschutzgebiet. Sie erläutere hierzu den Änderungsantrag und lehne die geplanten Maßnahmen für Dünwald ab. Sie verweise darauf, dass die erforderliche Infrastruktur dort überhaupt nicht vorhanden und auf eine Großsiedlung

nicht vorbereitet sei. Hinsichtlich des ÖPNV kämpfe man zum Beispiel seit Jahren vergeblich für eine Taktverdichtung.

Herr Seldschopf (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) könne grundsätzlich nachvollziehen, dass Handlungs- und Planungsbedarf bestehe. Dies passiere basierend auf der Bevölkerungsprognose, wonach Köln bis 2040 um 100.000 Einwohner wachse. Insofern könne man sich dem nicht verschließen. Wenn man zukunftsorientiert denke, dann müsse auf jeden Fall etwas getan werden. Es könne aber nicht sein, dass man in seiner Not Waldgebiete vorschlage, dies sei absolut kontraproduktiv, zumal man nun ganze Bezirksvertretungen gegen sich habe, dies gehe so nicht. Ihn begeistere es zudem auch nicht, dass außerhalb neue Großsiedlungen entstünden, zumal es überall an der erforderlichen Infrastruktur fehle. Zunächst müsse eine Verdichtung im innerstädtischen Bereich im Vordergrund stehen, es gebe viele Baulücken. Erst danach müsse man schauen, was man noch machen könne.

Das Ratsmitglied Herr Klein nennt es einen fauxpas der Bezirksregierung ausgerechnet ein Waldgebiet in Dünwald zu beplanen, bei dem es sich zudem um Landschaftsschutz- und Naturschutzgebiet handele. Dass man darauf hinweise, dass die Planungen erst in 20 Jahren wirksam würden, beruhige die betroffenen Bewohner dabei nicht. Seine Informationen seien allerdings, dass dieses Waldgebiet mittlerweile aus den Planungen herausgenommen worden sei.

Herr Krüger (CDU-Fraktion) weist daraufhin, dass es für das geplante Gebiet in Dellbrück schon vor Jahren einen Antrag seiner Fraktion gegeben habe mit dem Ziel, die Wiesen vollumfänglich zu erhalten und ggf. eine Obstbaumwiese anzulegen. Die CDU lehne daher ab, die Flächennummer 9-905-002 (Dellbrück) in der Vorlage zu belassen.

Geänderter Beschluss:

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs lässt zunächst über den gemeinsamen Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 abstimmen:

Die Bezirksvertretung lehnt die Schaffung einer weiteren Großsiedlung im Stadtteil Dünwald und Höhenhaus und die Umwandlung von Waldgebieten und Freiflächen, die bereits als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen sind bzw. für den Natur- und Landschaftsschutz sowie den Grundwasser- und Gewässerschutz benötigt werden, in Bauflächen ab.

Die Verwaltung wird stattdessen aufgefordert, umgehend die bereits beschlossenen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen in Dünwald für den Umbau der Leuchterstraße und der Berlinerstraße umzusetzen und ein Maßnahmenkonzept vorzulegen, wie die Infrastruktur in Dünwald in den nächsten Jahren verbessert werden kann, um in Anschluss daran eine behutsame kleinräumige Nachverdichtung zu Schaffung weiteren Wohnraums in Dünwald sicherstellen zu können.

Hierbei sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Taktverdichtung Linie 4 mit zweitem Gleis zwischen den Haltestellen Schlebusch und Odenthalerstr. und weitere Entlastungsmaßnahmen für die Linie 4.
- Schaffung eines P&R-Parkplatzes (und ggf. einer weiteren Haltestelle) an der Stadtteilgrenze, um den Durchgangsverkehr zu begrenzen und die Parksituation zu entlasten.
- Bessere Anbindung der Stadtteile Dünwald und Höhenhaus an den Bahnhof Mülheim und an das Kölner Radwegenetz.

- Schaffung weiterer Kita-, Schul- und Betreuungsplätze.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Weiterhin lässt Herr Bezirksbürgermeister Fuchs über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln abstimmen:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

4. Die Vorlage geht zur Anhörung in alle von Flächenvorschlägen betroffenen Bezirksvertretungen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, zu jeder der Flächen, die sie nicht weiterverfolgt hat („entfallene Optionsflächen“, S. 104 f. der Anlage 1, Modul III, Teil 2), kurze Hinweise zu geben, warum diese nicht weiterverfolgt worden sind.
6. Da ihr Vorschlag den für Köln berechneten Bedarf an neuen Siedlungsbereichen bei weitem nicht deckt, wird die Verwaltung aufgefordert, über ihren Vorschlag den Ratsgremien und Bezirksvertretungen hinaus weitere Flächen zu benennen, die der Bezirksregierung zur Regionalplanüberarbeitung schnellstmöglich vorgelegt werden.
- ~~7. Die Bezirksvertretungen und die Fachausschüsse werden gebeten, die bereits vorliegenden und auch weitere Flächenvorschläge und Handlungsoptionen der Verwaltung zu prüfen. Eine Streichung von Flächen des Verwaltungsvorschlags soll nur dann vorgenommen werden, wenn gleichzeitig gleichwertige Alternativflächen im gleichen Bezirk genannt werden.~~
8. Die Bezirksvertretungen werden ermutigt, aus ihrer örtlichen Sachkunde heraus weitere Flächen vorzuschlagen, die der Bezirksregierung Köln für die Regionalplanüberarbeitung vorgelegt werden sollen. Als Anregung sei auf die „entfallenen Optionsflächen“ (S. 104 f. der Anlage 1, Modul III, Teil 2 des Verwaltungsvorschlags) verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Vor Abstimmung der Gesamtvorlage lässt Herr Bezirksbürgermeister Fuchs über die folgenden Maßnahmen gesondert abstimmen:

Flächennummer 9-905-002 (Dellbrück)

Mit Randbebauung am Thurner Kamp und Mielenforster Straße gegenüber der bereits bestehenden Bebauung

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zugestimmt

Flächennummern 9-906-006 (Höhenhaus)

Ohne den „Zipfel“ östlich der Autobahn

Abstimmungsergebnis

Einstimmig beschlossen

Flächennummer 9-907-004 (Dünnwald)

Die Aufnahme dieser Fläche wird abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Abschließend lässt Herr Bezirksbürgermeister über die so geänderte Gesamtvorlage abstimmen:

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die in Anlage 1 aufgeführten Flächen der Bezirksregierung als Flächenvorschlag für die Neudarstellung von ASB- und GIB-Bereichen im Regionalplan zu übermitteln mit folgenden Änderungen/Ergänzungen für den Stadtbezirk Mülheim:

Flächennummer 9-905-002 (Dellbrück)

Mit Randbebauung am Thurner Kamp und Mielenforster Straße gegenüber der bereits bestehenden Bebauung

Flächennummern 9-906-006 (Höhenhaus)

Ohne den „Zipfel“ östlich der Autobahn

Flächennummer 9-907-004 (Dünnwald)

Die Aufnahme dieser Fläche wird abgelehnt

Optionsflächen, welche eine besondere ökologische Funktion für die Stadt beinhalten (vgl. Tabelle 3), sind besonders gekennzeichnet. Die Abwägung der verschiedenen Belange bei der Diskussion über eine Ausweisung als Baufläche ist insbesondere vor dem Hintergrund des ausgerufenen Klimanotstandes weiterzuführen und ist nicht abgeschlossen.

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund des knappen Zeitrahmens die in der Vorlage benannten Flächen nach Herstellung der Verwaltungsmeinung an die Bezirksregierung übermittelt wurden, um dort die Weiterarbeit des Planwerks zu ermöglichen. Die Bezirksregierung Köln hat zugesichert, dass die von der Verwaltung eingebrachten Vorschläge eine entsprechende Kennzeichnung im Grobkonzept des Regionalplans erhalten.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, der Bezirksregierung mögliche Änderungen des Flächenportfolios beim abschließenden Ratsbeschluss umgehend mitzuteilen und darauf zu achten, dass diese im weiteren Verfahren der Überarbeitung des Regionalplans entsprechend berücksichtigt und eingearbeitet werden.
4. Die Vorlage geht zur Anhörung in alle von Flächenvorschlägen betroffenen Bezirksvertretungen.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, zu jeder der Flächen, die sie nicht weiterverfolgt hat („entfallene Optionsflächen“, S. 104 f. der Anlage 1, Modul III, Teil 2), kurze Hinweise zu geben, warum diese nicht weiterverfolgt worden sind.
6. Da ihr Vorschlag den für Köln berechneten Bedarf an neuen Siedlungsbereichen bei weitem nicht deckt, wird die Verwaltung aufgefordert, über ihren Vorschlag den Ratsgremien und Bezirksvertretungen hinaus weitere Flächen zu benennen, die der Bezirksregierung zur Regionalplanüberarbeitung schnellstmöglich vorgelegt werden.
- ~~7. Die Bezirksvertretungen und die Fachausschüsse werden gebeten, die bereits vorliegenden und auch weitere Flächenvorschläge und Handlungsoptionen der Verwaltung zu prüfen. Eine Streichung von Flächen des Verwaltungsvorschlags soll nur dann vorgenommen werden, wenn gleichzeitig gleichwertige Alternativflächen im gleichen Bezirk genannt werden.~~
8. Die Bezirksvertretungen werden ermutigt, aus ihrer örtlichen Sachkunde heraus weitere Flächen vorzuschlagen, die der Bezirksregierung Köln für die Regionalplanüberarbeitung vorgelegt werden sollen. Als Anregung sei auf die „entfallenen Optionsflächen“ (S. 104 f. der Anlage 1, Modul III, Teil 2 des Verwaltungsvorschlags) verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9.2.2 229. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Im Rodfeld/Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 BauGB 4058/2019

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs teilt mit, dass die Vorlage gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 10.2.4 und 10.2.10 beraten werden soll, da diese im Zusammenhang miteinander stehen und bittet Frau Wegmann vom Stadtplanungsamt um Erläuterung.

Frau Wegmann erklärt, wie die Tagesordnungspunkte 9.2.2., 10.2.4 und 10.2.10 bzw. die drei Verfahren miteinander verknüpft sind. Ausgangslage sei die Bauleitplanung für die geplante Wohnbebauung südlich der Sigwinstraße, wofür nun die Offenlage erfolgen solle (TO 10.2.4). Für diese Planung sei die Änderung des Flächennutzungsplans notwendig, wofür ebenfalls die Offenlage nun durchgeführt werden soll (TO 10.2.10).

Der Änderungsbedarf des Flächennutzungsplans der benachbarten Fläche nördlich der Sigwinstraße habe sich erst später in den beiden vorgenannten Verfahren ergeben. Der Träger der Landschaftsplanung habe der Änderung der Flächendarstellung in Wohnbaufläche südlich der Sigwinstraße widersprochen. Mit der Herausnahme des Signets „Kleingartenfläche“ unter Beibehaltung der Grünflächendarstellung auf der nördlichen Fläche konnte ein Kompromiss ausgehandelt werden. So könnte zukünftig diese Fläche entsprechend der Ziele des Landschaftsplans z.B. als Grünverbindung qualifiziert werden.

Das Ratsmitglied Herr Klein führt an, dass dieses Gebiet mal eine Mülldeponie gewesen sei und möchte wissen, ob dies für eine Wohnbebauung unbedenklich sei.

Frau Wegmann antwortet, dass sie die Information mitnehme, allerdings solle die angesprochene Fläche im Flächennutzungsplan zukünftig nicht als Wohnbaufläche dargestellt werden. Die Darstellung Grünfläche werde hier beibehalten. Nur das Signet Kleingartenflächen solle mit der Flächennutzungsplanänderung rausgenommen werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, für den im planungsverbindlichen Flächennutzungsplan (FNP) dargestellten Bereich im Hinterland des Planverfahrens Sigwinstraße eine Planänderung gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten;
2. beschließt, die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB durch einen Aushang (Modell 1) durchzuführen;

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**9.2.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die Ergänzung des Bebauungsplan-Entwurfs 73480/06;
Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
4057/2019**

Herr Krüger (CDU-Fraktion) beanstandet, dass im Hinblick auf fehlenden Wohnungsbau und die Wohnungsnot hier ein klassisches Beispiel vorläge, wie die Verwaltung die Umsetzung verzögere. Er stellt den bisherigen zeitlichen Prozess, einschließlich der Verfahren vor dem Verwaltungsgericht, für das betreffende Planungsgebiet dar. Dieser dauere bereits über vier Jahre, dies sei der Bevölkerung kaum vermittelbar.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 73480/06 für das Gebiet im Blockinnenbereich zwischen Kochwiesenstraße im Osten, Burgwiesenstraße im Süden, Ferdinand-Stücker-Straße im Westen und Schweinheimer Straße im Norden in Köln-Holweide —Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 4;
2. den Bebauungsplan-Entwurf 73480/06 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ergänzen;
3. den Bebauungsplan 73480/06 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB im ergänzenden Verfahren nach § 214 Absatz 4 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der

Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9.2.4 273. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4246/2019

Herr Seldschopf (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass seine Fraktion die Kommunale Abgabensatzung in der derzeitigen Form ablehne und sich daher enthalten werde.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt den Erlass der 273. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschlossen

9.2.5 Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nummer 73490/06- Arbeitstitel: August-Strindberg-Straße in Köln-Holweide; Anhörung der Bezirksvertretung Mülheim zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung der Bebauungsplan-Teilaufhebung 4162/2019

Herr Krüger (CDU-Fraktion) führt aus, dass seine Fraktion grundsätzlich für die Teilaufhebung sei, allerdings fehle es weiterhin an einem Verkehrskonzept, daher werde sich seine Fraktion enthalten.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs sagt hierzu, dass es das Verkehrskonzept gebe und er darüber verwundert sei, warum dieses nicht vorgestellt werde.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. nimmt die Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) gemäß der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage) zur Kenntnis;
2. beauftragt die Verwaltung, das Verfahren weiter zu führen und dabei die Ergebnisse aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Absatz 1 BauGB) zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion beschlossen

**9.2.6 Ordnungsbehördliche Verordnung für 2020 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an den aufgeführten Tagen und Zeiten
4022/2019**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 01 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2020 an den aufgeführten Tagen und Zeiten.

Der Rat beauftragt die Verwaltung Anträge weiterer Interessengemeinschaften der Quartiere, die bis zum 31.05.2019 nicht gestellt oder im Rahmen der Absichtserklärung nicht angekündigt und dann beantragt wurden, analog dem Beschluss des Rates vom 18.12.2018 (Verwaltungsvorlage 4160/2018) zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**9.2.7 Beschluss über die Planung der Maßnahme "Umgestaltung der Frankfurter Straße in Buchheim" aus dem Programm "Starke Veedel - Starkes Köln" (Einzelmaßnahme 2.5.6)
hier: Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss und Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung
4240/2019**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat stellt den Bedarf für die Vergabe von Ingenieurleistungen für die Maßnahme "Umgestaltung der Frankfurter Straße in Buchheim" im Bezirk Mülheim in Höhe von 378.420,00 € (brutto) fest.
2. Der Rat beschließt zur Finanzierung der Planungskosten die Freigabe von investiven Finanzmitteln im Teilfinanzplan 0902 – Stadtentwicklung bei Finanzstelle 1502-0902-9-1008 – Starke Veedel – Frankfurter Straße in Buchheim, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, in Höhe von insgesamt 45.000,00 € brutto, Haushaltsjahr 2020.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Einbindung der Öffentlichkeit in den Planungsprozess ein Beteiligungsverfahren durchzuführen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Mülheim und der Stadtentwicklungsausschuss uneingeschränkt zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10 Mitteilungen

10.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

10.2.1 Baumfällungen im Stadtbezirk Mülheim

10.2.2 Unerledigte Anfragen und Anträge der laufenden Periode

**10.2.3 Umsetzungsstand des Projektes Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe
4200/2019**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2.4 Offenlage des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (VEP) Nr.
72498/02
Arbeitstitel: Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus
4208/2019**

Die Mitteilungsvorlage wurde gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 9.2.2 und 10.2.4 beraten.

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2.5 Illegales Parken im Landschaftsschutzgebiet m Bereich Diepeschrather
Str.
4225/2019**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2.6 Bevölkerungsprognose für Köln 2018 bis 2040
Mit kleinräumigen Berechnungen bis 2030
4108/2019**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2.7 20. Ehrenamtspreis "KölnEngagiert"
4439/2019**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2.8 Stärkung und Ausweitung des KVB-Stadtbahn- und Busnetzes
hier: Stellungnahme zu den Vorlagen-Nr. 1103/2019, 1215/2019 und
1418/2019
3935/2019**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2.9 Bericht zum Umsetzungsstand des ZMI-Eckpunktepapiers
2484/2019**

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.2.10 225. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim
Arbeitstitel: Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus
hier: Offenlage nach § 3 Absatz 2 BauGB und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Absatz 2 BauGB
0005/2020

Die Mitteilungsvorlage wurde gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 9.2.2 und 10.2.4 beraten.

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.2.11 Ergebnis des Qualifizierungsverfahrens zum Quartier Schlebuscher Weg in Köln Höhenhaus
0072/2020

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.2.12 Teilnahme des Erich-Gutenberg-Berufskollegs am Schulversuch Talentschulen
0160/2020

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.2.13 Sachstand Sanierung Mülheimer Brücke

Frau Rode (Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau) berichtet über den aktuellen Sachstand.

Linksrheinisch wurde seit dem 27.01.2020 für zwei Wochen eine geänderte Verkehrsführung für den Fuß- und Radverkehr eingerichtet. Aufgrund der Herstellung der temporären Unterstützungsmaßnahmen zur Deichbrücke werde der vorhandene Geh- und Radweg westlich des Kuhwegs verschoben und im Baustellenbereich, auf einem dafür angelegten Asphaltweg, geführt.

Die KVB werde zwischen dem 14. und 20. April 2020 linksrheinisch außerhalb des Brückenbereichs eine Weiche austauschen. Dafür sei eine Komplettspernung der KVB erforderlich, es werde Schienenersatzverkehr eingesetzt. Dazu werde zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim eine Mitteilung eingebracht.

In der Bachstraße neben dem Infocontainer Mülheimer Brücke wurden, wie auch von der Bezirksvertretung gefordert, Radständer aufgestellt.

Abschließend weist sie auf zwei Infolyer zur Baumaßnahme (Gesamtbaumaßnahme und Bauphase 1) hin, die im Infocontainer Mülheimer Brücke und im Bürgeramt erhältlich seien.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs bittet um Prüfung, ob unter der Brücke nicht zumindest ein Durchgang für Fußgänger geschaffen werden könne. Er werde immer

wieder von der Bevölkerung angesprochen, betroffen seien insbesondere Schulkinder, Eltern mit Kinderwagen und ältere Menschen. Der Weg auf die andere Seite sei für diesen Personenkreis sehr beschwerlich. Er habe auch Signale von den bauausführenden Firmen erhalten, dass dies möglich sei. Frau Rode äußert hierzu, dass es die Anfrage schon mal gegeben habe, aber abgelehnt werden musste. Sie werde dies nun nochmals prüfen lassen.

Herr Lünenbach (SPD-Fraktion) hält die permanente Sperrung ebenso für schwierig. Es sei für ihn tagtäglich zu beobachten, mit welchen Problemen sich vor allem die Schulkinder auseinandersetzen müssten, da der durch die Sperrung verursachte Schulweg für die Schulkinder an einigen Stellen durchaus gefährlich sei. Sollte also eine Fußgängerunterquerung nicht möglich sein, müsse über sichernde Maßnahmen auf dem Schulweg nachgedacht werden. Über Jahre sei der Zustand jedenfalls nicht hinnehmbar. Er beanstandete zudem, dass die Baufahrzeuge nicht gesichert seien. Weiterhin sei der Infocontainer schwer erreichbar und sei auch zu abgelegen.

Herr Derichsweiler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) ist im Hinblick auf den Schienenersatzverkehr der Ansicht, dass es sinnvoller sei, die Linie 4 durch die Einrichtung einer Linie E4 zu verstärken. Hierzu gebe es auch einen beschlossenen Antrag in der Bezirksvertretung Mülheim. Er könne sich vorstellen, dass die Menschen lieber den Weg über Deutz in Kauf nähmen, als sich in einen Bus zu setzen.

Herr Seldschopf (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) beanstandet, dass die Erneuerung der Weiche nichts mit der Brücke zu tun habe. Aus seiner Sicht könne dies zudem schneller gehen, eine Woche sei zu lang, gegebenenfalls müsse man halt auch nachts arbeiten.

Frau Rode führt aus, dass es sich um eine Maßnahme der KVB handele, die sie nicht beeinflussen könne. Die Hinweise zum Schienenersatzverkehr nehme sie mit in die Gespräche mit der KVB. Ebenso werde sie die Hinweise von Herrn Lünenbach prüfen.

10.3 Bemerkungen zur Niederschrift

Es gibt keine Anmerkungen zur Niederschrift der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim vom 09.12.2019.